

Kapitel 1: Lebensgrundlagen schützen



46. Ordentliche Bundesdelegiertenkonferenz
11. - 13. Juni 2021

Antragsteller*in: BAG Tierschutzpolitik
Beschlussdatum: 26.04.2021

Änderungsantrag zu PB.L-01

Von Zeile 726 bis 729:

produzieren und konsumieren werden. Wir wollen vegetarische und vegane Ernährung attraktiver und zugänglich für alle Menschen machen. Pflanzliche Milchalternativen sollen steuerlich besser gestellt und mit Milchprodukten gleichgestellt dem reduzierten Mehrwertsteuersatz von 7% verkauft werden. Der Regelsteuersatz von 19% sollte für alle tierischen Produkte gelten. Zum sozial gerechten Ausgleich soll die Mehrwertsteuer für pflanzliche Erzeugnisse auf das europäische Minimum von 5% gesenkt werden. Auch gegen die ... Wir wollen vegetarische und vegane Ernährung attraktiver und zugänglich für alle Menschen machen. und mit dem reduzierten Mehrwertsteuersatz verkauft werden. Auch gegen die Lebensmittelverschwendung gehen wir vor. Wir wollen mit einem Rettet-die-

Begründung

Begründung:

Der Wissenschaftliche Beirat der Bundesregierung (WBAE) empfiehlt in seinem Gutachten von 2020 eine konsequente Überarbeitung der Mehrwertsteuersätze anhand von Nachhaltigkeitskriterien! Die verringerte Mehrwertsteuer und indirekte Subvention tierischer Produkte gehört laut Empfehlungen des Wissenschaftlichen Beirat der Bundesregierung (WBAE) abgeschafft.

Zur Finanzierung einer Politik für eine nachhaltigere Ernährung empfiehlt der WBAE:

- 1) Die Abschaffung der Mehrwertsteuervergünstigung auf tierische Erzeugnisse (ca. 4,3 bis 5,0 Mrd. € jährlich) sowie die Einführung einer Verbrauchssteuer für zuckerhaltige Getränke (ca. 1,0 bis 1,9 Mrd. € jährlich) erbringen staatliche Mehreinnahmen von insgesamt ca. 5,3 bis 6,9 Mrd. € pro Jahr;
- 2) Die empfohlene Absenkung der Mehrwertsteuer auf Obst und Gemüse führt insgesamt zu Mindereinnahmen von ca. 0,5 Mrd. € pro Jahr;
- 3) Für den Umbau hin zu einer tierfreundlicheren Nutztierhaltung werden staatliche Mehrausgaben von ungefähr 2 Mrd. € pro Jahr kalkuliert, bzw. bis zu 4,3 Mrd. € laut Machbarkeitsstudie zur rechtlichen und förderpolitischen Begleitung einer langfristigen Transformation der deutschen Nutztierhaltung

Um ein nachhaltiges landwirtschaftliches Ernährungssystem zu schaffen muss vollwertige pflanzliche Ernährung für alle zugänglich und bezahlbar sein. Aus ökologischen, klimatischen, gesundheitlichen und vielen zusätzlichen Gründen des Tierschutzes ist es notwendig, die Produktion und den Konsum tierischer Produkte zu reduzieren. Weniger Tiere bedeutet mehr Fläche für den Anbau von pflanzlichen Lebensmitteln, Platz für Natur und Artenvielfalt. Das bedeutet Gesundheit für Menschen und Umwelt und ein sinkendes Risiko für Pandemien, deren Entstehung derzeit durch den weltweiten Handel tierischer Produkte gefördert wird.